

Ernste Auffassung der Lage in Berlin.

Die oberschlesische Frage.

Zur Rückkehr des Reichskanzlers nach Berlin.
Beratungen über die oberschlesische Frage. — Der „Vorwärts“ über die innerpolitischen Folgen einer ungünstigen Entscheidung.

Berlin, 11. Okt. Reichskanzler Dr. Brüning ist gestern abend gegen 10 Uhr von seiner Erholungsreise nach Berlin zurückgekehrt. Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge ist für heute vormittags eine Kabinettsitzung anberaumt worden, in der das oberschlesische Problem und die sich aus der Entscheidung ergebenden Folgen beraten werden sollen. In dieser Sitzung wird, wie das Blatt mitteilt, Reichsminister Dr. Rosen über seine Besprechung mit dem deutschen Botschafter in London, St. Hamer, berichten.

Nach einer anderen von den Blättern wiedergegebenen Version soll das Reichskabinetts bereits gestern abend unmittelbar nach der Rückkehr des Reichskanzlers über das oberschlesische Problem beraten haben.

Der „Vorwärts“ ist infolge der für Deutschland ungünstig lautenden Nachrichten aus Genf um das Schicksal des Kabinetts Brüning äußerst besorgt. Das Blatt schreibt: Die Sozialdemokratie steht in Bedenkenstellung zum Schutze des Kabinetts Brüning und seiner bisherigen Politik. Sie ist von vorne angegriffen von den Nationalisten Deutschlands und sie ist im Rücken bedroht durch die Entscheidung über Oberschlesien. Ob sie imstande sein wird, ihre Stellung zu halten, das wird von der Entscheidung über Oberschlesien abhängen. Falls diese so ungünstig ausfällt, wie hier befürchtet wird, so werden wir deshalb noch nicht die Flinte ins Korn werfen, aber wir dürfen uns auch nicht verhehlen, daß dann die Zukunft sehr dunkel vor uns liegt.

Wie die Blätter aus parlamentarischen Kreisen erfahren, wird der Reichstagsausschuß für auswärtige Angelegenheiten am Mittwoch zusammenzutreten, um über die oberschlesische Frage zu beraten.

Fühlungsnahme zwischen Berlin und London?

Berlin, 10. Okt. Aus Anlaß der beunruhigenden Nachrichten über die Lösung der oberschlesischen Frage in Genf hat der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Rosen, den deutschen Botschafter in London, St. Hamer, telegraphisch nach Berlin berufen. Der Botschafter, der gestern in Berlin eingetroffen war, ist nach einer Konferenz mit Dr. Rosen wieder nach London abgereist.

Infolge der beunruhigenden Gerüchte über Oberschlesien hat (nach dem Schwab. Merkur) der Außenminister Dr. Rosen den deutschen Botschafter in London St. Hamer telegraphisch nach Berlin berufen. Botschafter St. Hamer ist gestern im Laufe des Tages in Berlin eingetroffen und hat mit dem Minister des Auswärtigen längere Besprechungen gehabt und ist gestern abend wieder nach London abgereist. Es kann nicht geleugnet werden, daß in politischen Kreisen die Nachricht von einer ungünstigen Entscheidung des Völkerbunds in Oberschlesien sehr ernst aufgenommen wird. Ueber den Inhalt der gestrigen Besprechungen des Außenministers Dr. Rosen mit dem deutschen Botschafter in London, St. Hamer, wird von zuständigen Stellen strengstes Stillschweigen bewahrt, doch ist unverkennbar, daß die Stimmung in Regierungskreisen seit gestern weitaus pessimistischer geworden ist, als sie bisher war. Wenn auch die neuesten Meldungen in Einzelheiten falsch und irreführend sein mögen, dürfte man doch, daß sie im Kern zutreffend sind, und daß in der Tat der Völkerbundrat zu einem Kompromißvorschlag gekommen ist, der über den Rahmen des Friedensvertrags hinausgeht. Dieser Umstand würde allerdings sowohl dem Obersten Rat als auch den beiden interessierten Mächten Deutschland und Polen eine gewisse Freiheit ihres Handelns zurückgeben, aber die moralische Wirkung eines Völkerbundsbeschlusses darf nicht für gering gehalten werden. Bisher liegen in Berlin keinerlei authentische Nachrichten darüber vor, daß England eine Aktion gegen den Genfer Beschluß unternommen hat oder zu unternehmen gedenkt. Reichskanzler Dr. Brüning wird heute im Laufe des Tages in Berlin zurück erwartet. Voraussichtlich wird eine Kabinettsitzung stattfinden, in der Außenminister Dr. Rosen über seine Besprechungen mit dem Botschafter St. Hamer Bericht erstatten wird, woran sich dann eine Aussprache über die oberschlesische Frage anschließen wird.

Das oberschlesische Industriedreieck als „selbständiges“ Wirtschaftsgebiet im polnischen Staatsverband?

Ueber den gegenwärtigen Stand der oberschlesischen Frage in den Genfer Kommissionsberatungen wird (nach dem Stuttg. N. Tagbl.) dem „Berliner Tageblatt“ aus Genf gemeldet: Am

Donnerstag abend ist man zu einem Abschluß gelangt, den man gut tun wird, zunächst als vorläufig zu bezeichnen. Am Freitag waren die Herren Herold und Hodak noch mit der Formulierung des Protokolls beschäftigt, das die Viererkommission unterbreiten werden. Die Kommission wird dann dieses Protokoll zur Grundlage erneuter Beratungen machen. Eine sehr gut unterrichtete Persönlichkeit, die dem Völkerbundsrat nahesteht, versichert, daß spätestens Mittwoch oder Donnerstag nächster Woche der Bericht der Viererkommission an den Rat weiter geleitet werden wird. Der Beschluß des Rates dürfte also am Freitag oder Samstag der kommenden Woche öffentlich bekannt gegeben werden. Allerdings wäre auch dann noch immer eine Verzögerung möglich. Weiter wird dem „Berliner Tageblatt“ gemeldet, daß es absolut authentisch erfahren habe, daß ein Projekt vorliege, nach dem aus dem Industriedreieck in Oberschlesien ein autonomes Wirtschaftsgebiet innerhalb des polnischen Staatenverbandes geschaffen werden soll, während die politische Grenze zwischen Deutschland und Polen sich ungefähr der Eszka-Gränze nähern würde.

Noch kein Einvernehmen im „Bierer“-Rat.

Entscheidung am Mittwoch oder Donnerstag?

Paris, 10. Okt. Der Genfer Korrespondent des „Temps“ teilt mit, die vier Mitglieder des Völkerbundsrats, die mit der Vorlage des Berichts über die Teilung Oberschlesiens beauftragt seien, der belgische, brasilianische, chinesische und japanische Delegierte, würden ihre Arbeiten ununterbrochen fortsetzen. Gestern Sonntag seien sie zweimal zusammengetreten. Die zweite Sitzung habe bis 3 Uhr morgens gedauert. Indessen habe ein vollständiges Einvernehmen unter den vier Mitgliedern nicht herbeigeführt werden können. Die Vorlage des von den vier Mitgliedern ausgearbeiteten Entwurfs im Völkerbundsrat habe heute Vormittag stattfinden sollen, sie sei jedoch auf Mittwoch verschoben worden. Der Völkerbundsrat habe sich also noch nicht mit Oberschlesien beschäftigt. Er werde am Mittwoch unter dem Vorsitz von Biacomini zu einer außerordentlichen Sitzung zusammenzutreten, um von dem Ergebnis der Beratungen der Viererkommission Kenntnis zu nehmen. Am gleichen Abend werde er sich über die dem Obersten Rat zur Teilung Oberschlesiens „zu empfehlende Lösung“ einigen. Das Gutachten des Völkerbundsrats werde telegraphisch dem Vorsitzenden des Obersten Rats, Briand, übermittelt werden.

Paris, 10. Okt. Zu den gestrigen Enthüllungen des „Newport Herald“ über die Vorgänge in Genf, schreibt die rechtsstehende „Libre Parole“, die Meinungsverschiedenheiten erstreckten sich auf zwei Punkte: zunächst auf die Zuteilung von Kattowitz und Königshütte an die Polen und dann auf die Einsetzung einer internationalen Kommission für die wirtschaftliche Kontrolle, die unzweifelhaft eine der sonderbarsten Schöpfungen wäre, die die neue Diplomatie zur Welt gebracht. Die Vaterstadt werde dem Belgier Symans zugeschrieben. Sie wäre das würdige Gegenstück zu der unwahrscheinlichen Kombination von Wina.

Weitere Verschiebung?

Berlin, 11. Okt. In der oberschlesischen Frage, die jetzt angeblich unmittelbar vor der Entscheidung steht, scheint sich nach den Pforz. N. N. im letzten Augenblick eine neue Wandlung angedeutet zu haben, deren Ursache und möglichen Folgen noch nicht bestimmt erkannt werden können. Die für vorgestern angetragene Sitzung des Völkerbundsrates ist nämlich plötzlich abgesagt und auf Montag morgen 10 1/2 Uhr verschoben worden. Dagegen ist der Viererausschuß gestern nachmittags zusammengetreten.

Noch keine Kenntnis von den Entwürfen in London und Paris?

Paris, 10. Okt. „Journal des Debats“ veröffentlicht offenbar aus amtlicher Quelle folgende Mitteilung: Die englische und die französische Regierung haben absolut keine Kenntnis von den Beratungen des Viererrats, der mit der Festlegung der Grenzlinie in Oberschlesien betraut ist. Die in dieser Frage veröffentlichten Mitteilungen beruhen auf keinerlei Grundlage.

Ein Oberschlesier gegen den Teilungs-Vorentwurf.

Berlin, 10. Okt. Der in Genf weilende Vorsitzende der oberschlesischen Zentrumsgruppe, Pfarrer Ullrich, erklärte dem Korrespondenten des „Tageblatts“, der von dem Tschechen Kovas und dem Schweizer Herold ausgearbeitete Entwurf sei von dem Bestreben geführt, in der oberschlesischen Frage eine Einigung der Engländer und Franzosen herbeizuführen und habe alle Fehler eines Kompromisses in höchster Potenz. Man glaube die versöhnliche Lösung darin gefunden zu haben, daß man das oberschlesische Industriedreieck zu seinem größten Teil zu Polen schlage, diesen polnischen Teil aber

gemeinsam mit dem deutsch gebliebenen als wirtschaftliche Einheit erhalten will. In dem naturnotwendig gegebenen Konflikt um die wirtschaftliche Vorherrschaft wird die deutsche und die polnische Bevölkerung Oberschlesiens gleichmäßig leiden. Der Plan ist praktisch undurchführbar. Von der oberschlesischen Bevölkerung und der deutschen Regierung muß klar und entschieden die Unannehmbarkeit und die Undurchführbarkeit dieses Projekts erklärt werden. Eine solche Lösung ist eine Brückung des reparationswilligen Kabinetts Brüning und bedroht den Bestand des Kabinetts und dessen versöhnende Politik aufs schwerste. Das fragliche Projekt hat die oberschlesische Frage nicht gefördert, sondern um ein ganzes Stück zurückgeschleudert.

Deutsche Arbeitervertreter auf dem Weg nach London.

Berlin, 11. Okt. Wie das „Berliner Tageblatt“ erfährt, ist gestern abend eine Abordnung von deutschen Arbeitervertretern nach London abgereist. Die Reise ist veranlaßt durch die alarmierenden Nachrichten über den Stand der oberschlesischen Frage.

Verbot der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ für Oberschlesien.

Berlin, 11. Okt. Die Interalliierte Kommission in Oppeln hat die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in Oberschlesien für die Zeit vom 11. bis 25. d. Mts. verboten. Eine Begründung dieser Maßregel hat die Kommission nicht gegeben.

Neue Gewalttaten der Polen.

Berlin, 11. Okt. Wie der „Berliner Lokalanzeiger“ aus Kattowitz meldet, trafen am Samstag in Beuthen 70 deutsche Männer aus Friedenhütte ein, die durch polnische Partisanen zur Flucht genötigt worden waren. Auch aus Lipine und anderen Ortschaften kamen deutsche Flüchtlinge nach Beuthen.

Breslau, 10. Okt. Die Polen entfalten schon wieder eine besorgniserregende Tätigkeit in Oberschlesien. Raub, Mord, Plünderung und sonstige Schandtaten sind an der Tagesordnung. So wird aus Moschowitz (Kreis Ratibor) berichtet: Hier warf ein Pole eine Handgranate gegen das Gasthaus, in dem die Hochzeitsfeier eines zurückgekehrten Flüchtlings abgehalten wurde. Acht Schwerverwundete wurden in das Krankenhaus in Loslau gebracht. Von polnischer Seite war schon vorher mit der Sprengung der Hochzeit gedroht worden. — Aus Pleß wird gemeldet: Mittwoch früh fand am Kriegerdenkmal eine sehr heftige Entladung statt. Die Sprengung hatte zur Folge, daß der Krieger vom Denkmal heruntergeschleudert wurde und zerbrach. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß der Anschlag von einem Polen verübt worden ist. Die französische Wache liegt kaum 100 Meter von dem Denkmal entfernt und ist im Schloß untergebracht. — Die französischen Wachmannschaften haben natürlich nichts von den Vorbereitungen zur Sprengung an dem großen Denkmal gesehen!

Zur politischen Lage.

Die englische Presse zur Rede des Reichskanzlers.

Wachsende Einsicht?

London 10. Okt. Die vom Reichskanzler Dr. Brüning in seiner Rede in Offenburg zum Ausdruck gebrachte Hoffnung auf eine nicht allzuferne Konferenz zur Erörterung der drohenden Weltkriege wird von den Abendblättern an hervorragender Stelle gebracht neben den Worten Briands, daß die Großindustriellen und die Staatsmänner der gesamten Welt vielleicht bald die Notwendigkeit einer Solidarität untereinander empfinden würden im Interesse eines jeden Landes, damit die Aufmerksamkeit der Welt auf die Notwendigkeit einer Regelung der Lage gerichtet werde, die niemals ins Gleichgewicht gebracht werden könne, wenn nicht in der gesamten Welt Solidarität herrsche. — „Ball Mall and Globe“ schreibt unter der Ueberschrift „Der Ruf nach einer neuen Weltkonferenz“: Eine Politik des allgemeinen Wiederaufbaus der ganzen Welt ist dringend notwendig. Von diesen Seiten kommt die Forderung nach einer Weltkonferenz zur Unterjochung der besten Mittel zur Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts der Mächte und zur Verhütung des drohenden Zusammenbruchs. Die Probleme, die die unmittelbare Aufmerksamkeit der Politiker, Handelsfachverständigen und Arbeiterführer in Anspruch nehmen, sind das Ergebnis einer außerordentlichen Lage, von der der Niedergang im Handel und die Arbeitslosigkeit nur Symptome sind, so gut wie alle Länder der Welt unter drückenden Schanden und schwankenden Währungen, die zu wilder Spekulation führen, leiden. Insbesondere in Berlin zeigt sich das Spekulationsfieber. Alle Sachverständigen drücken die Befürchtung aus, daß ein Zusammenbruch nahe bevorsteht.

pau!

och unter dem och, usenden Arbeit lück vernichtet, nd getötet oder

ie Toten und einem Schlag eraubt gehen mit banger

nehmen, muß cht sein!

er zur Stelle ern und der ter anderen

de auf! not! gibt!

en Kreuz

minister Bolz, ter Piesching, eister Lauten-

otverwaltungen.

dem Ersuchen, urchtbaren Un- noch besondere tlichen Samme- e bitten wir an Calw, melstelle für

ote Kreuz:

chenwagen

n Postgebäude hier ekommen. eib nähere Angaben eten, solche auf der zu machen.

üngere Mädchen

h Frauen, aut haben die Geschlechts- Börsenfabrikation zu er- en, werden bei guter Be- ung gelocht. Eintritt sofort.

L. Rothfuß, Hirlan, Geschlechtsfabrikation.

im Dienstag mittag hr verkaufe ich meine an's isen gewöhnte

Milch- Schweine.

hael Luz, Schmied.

berrenmantel, e eiserne

inderbettlade ohne Matraße

verkaufen. Zwinger 293/4

Französische Pressestimmen zur Rede Briands.

Der Kampf zwischen Vernunft und Leidenschaft.
Paris, 10. Okt. Der „Temps“ analysiert in einem Leitartikel die Rede Briands, der er im allgemeinen nach der außenpolitischen Seite zustimmt. Das Blatt legt besonderen Wert auf die Frage der Sicherheit Frankreichs, von der der Friede Europas abhängt. Das sei die Grundbedingung für jede wirtschaftliche und politische Solidarität der zivilisierten Welt. Deshalb habe auch Briand hervorgehoben, daß Frankreich eine beträchtliche Rolle auf der Washingtoner Konferenz spielen könne. Frankreich sei geneigt, sich allen Anstrengungen anzuschließen, die darauf abzielen, die Militärlasten zu vermindern, aber es könne solange nicht abrieten, bis seine eigene Sicherheit nicht endgültig gewährleistet sei und es werde sich auf keine Herabsetzung seiner Verteidigungsmittel einlassen, solange es nicht die Gewißheit habe, daß niemand es ferner in seinem Rechte, seiner Würde und seiner Existenz bedrohen könne. — Auguste Gauvin sagt im „Journal des Débats“, Briand habe recht gehabt, noch einmal die Gefahren einer Soldatenpolitik, die reich an Fataren, aber arm an Erfolgen sei, aufzuzeigen. In Frankreich bilde die ungeheure Mehrheit des Landes und die ungeheure Mehrheit des Parlaments seine Politik. Von dem gegenwärtigen Kabinett verlange man nur, daß es die im Friedensvertrag eingeschriebenen Rechte sicherstelle und Frankreichs Alliierte überzeugen, daß es ihr eigenstes Interesse sei, darüber zu wachen, daß Frankreich Gerechtigkeit widerfahre. Das Blatt möchte gern Briand verteidigen, wenn er diese doppelte Aufgabe erfüllte. Unglücklicherweise spreche er alle Enttäuschungen dem Versailler Vertrag zu. Wenn der Vertrag von Versailles unvollständig sei und wenn er Frankreich nicht volle Genugtuung gebe, die es erwarte, bleibe er trotzdem in der Geschichte der glorreichsten (!) Verträge, den es je unterzeichnet habe.

Paris, 10. Okt. Alfred Capus schreibt zur Rede Briands, der versteckte Optimismus, der in der Rede enthalten sei, bekunde nur Vertrauen auf die Anstrengungen und auf das Glück Frankreichs. — Gustav Hervé sagt in der „Vieille“, obwohl der Ministerpräsident aus seiner Rede jeden politischen Ton systematisch verbannt habe, sei diese doch eine direkte Entgegnung auf die Tadelreden des Siegers in St. Hermine und auf die Pfotensprüche, die ihm täglich in der Presse von seinen Feinden beigebracht würden. — Libre Parole sagt: Nachdem Frankreich die Rede von St. Nazaire gelesen habe, werde es sagen, daß es einen kräftigeren Lössen nötig habe, der besser wisse, wohin er die Parte führen wolle.

Bernünftige Ansicht eines französischen Politikers.

Paris 10. Okt. Nach einer Meldung der Agence Havas aus Cusset hat der Unterstaatssekretär Vidal bei Einweihung eines Denkmals in Cusset eine Rede gehalten, in der er erklärte, er glaube nicht an die Möglichkeit eines deutschen Angriffs. Deutschland sei vielleicht nicht völlig entwaffnet, aber es sei ihm unmöglich, Frankreich zu schaden, und im übrigen habe Frankreich selbst seine Sicherheit in der Hand durch seine Anwesenheit am Rhein.

Der König von England zur Wiederaufnahme des internationalen Wirtschaftslebens.

London, 8. Okt. Bei der Eröffnung der neuen Börse in Manchester hielt der König eine Ansprache, in der er sagte, er bitte inbrünstig um den Segen der Vorsehung und um die Bemühungen aller Gesellschaftsklassen, die bösen Wirkungen des Krieges auszuwischen. Die Eröffnung der neuen Börse sei ein Zeichen dafür, daß die Unterbrechung des Handels durch den Krieg vorüber sei. Der internationale Charakter des heutigen Geschäftsverkehrs mache es jeder großen industriellen oder kaufmännischen Gemeinschaft unmöglich, ein Leben der Vereinzelung zu führen.

Ein englischer Handelsmann zur weltwirtschaftlichen Lage Englands.

London, 10. Okt. Der Vorsitzende der Handelskammer von Manchester erklärte in einer Rede, keine andere große Nation sei so von ihrem Ardenhandel abhängig wie Großbritannien. Für England gebe es nur einen sicheren Weg der Ausbreitung des Ausfuhrhandels. Zu diesem Zweck sei der Friede in der Welt und in der Industrie notwendig. England müsse auf die Streichung der Kriegsschulden unter den Alliierten drängen, die die wirtschaftliche Wiederherstellung der Welt behinderten.

Kein Aufschub d. deutschen Reparationszahlungen.

London, 10. Okt. Der diplomatische Berichtsjahresbericht des „Evening Standard“ erzählt von maßgebender Seite, daß die Meldung, wonach die Möglichkeit bestehe, daß die nächste Reparationszahlung Deutschlands auf drei Jahre verschoben werde, unbegründet sei.

Umsturzgefahr in Oesterreich.

Wien, 8. Okt. Die „Neue Freie Presse“ schreibt zu Gerüchten, daß zwischen ungarischen Monarchisten und Wiener Legitimistenkreisen eine Verbindung bestehe und daß beabsichtigt sei, mit Hilfe Ungarns in Wien einen Umsturz herbeizuführen. Es dürften wohl Pläne dieser Art bestanden haben, doch ist als sicher anzunehmen, daß ein Putsch nicht zur Ausführung kommt. — Die Nachricht dürfte im Zusammenhang stehen mit der vor uns gestern gebrachten Meldung über sog. Anschlußverhandlungen Tirols in Berlin und München. Der „Schwab. Merkur“ läßt sich dazu und darüber aus Berlin berichten: Es werden von verschiedenen Seiten Moratorien laut, die bereits für die nächsten Tage allerlei Unheilvolles voraussetzen. Sicher ist wohl, daß sich hier karlistische, monarchistische, kommunistische und französische Absichten kreuzen. Der Ausgangspunkt ist der Streit um das Burgenland, der in Ungarn eine Antriebskraft nationaler Strömungen entwickelte, in Deutsch-Oesterreich aber beschämende Beweise der völligen staatlichen Ohnmacht erbrachte, verbunden mit der Angst vor einem ungarischen Heberfall und der Sorge um Hungerkrawalle. Die Entwertung des Reichs ist zu einem Notstand geworden, der zu einem allgemeinen Ausverkauf führe, aber auch das Signal zu einer kommunistischen Erhebung sein kann und dieses Signal würde nun wieder hinübergreifen auf Tirol, wo das Los von Wien-Verlangen der Anschluß-

stimmung immer stärkeren Umfang angenommen hat, teils als eine rein deutsche Bewegung, teils, als eine mehr bayerische Spielart mit dem Bleibungs nach einer mitteleuropäischen Monarchie unter der Führung Wittelsbachs oder Habsburgs, teils auch als selbständige Autonomiebestrebung. Aus französischer Quelle wird sogar behauptet, daß die Reichsregierung diese Dinge im Ziele habe. Das Gegenteil würde sich nachweisen lassen. In Paris wird von einer Tiroler Abordnung in Berlin gesprochen, die sich bei der Reichsregierung Rat geholt haben soll, was aber an amtlicher Stelle mit aller Entschiedenheit abgegriffen werden muß. Dagegen scheint der französische Gesandte in München auch hier eine höchst gefährliche Rolle zu spielen. Das in Wien mit französischem Gelde gegründete Nachrichtenbüro, das leider auch die deutsche Presse stark verfeuert hat, hilft natürlich nach Kräften nach. Es hat sich Zündstoff genug angeammelt. Wenn er zur Entzündung kommen sollte und ganz Europa in neue schwere Erschütterungen hineinstürze, dann trägt die Verantwortung dafür ausschließlich die Entente.

Wien, 10. Okt. In der Volkshalle fand gestern (wie der Schwab. Merkur aus Wien erzählt) eine Massenversammlung burgenländischer Organisationen statt. Im Verlaufe der Versammlung erklärte der jözdem. Abg. Dr. Ellenbogen u. a. bezüglich der Gerüchte von einem geplanten monarchistischen Putsch: Die Herrschaften, die jetzt die Verschwörer spielen wollen, sind noch ungeeilt und nicht geeignet, Putsche zu machen. Auch wir sind mit allen Mitteln und auf jeden Fall gerüstet. — Die „Arbeiterzeitung“ sagt: Es liegt nicht in unserer Macht, die Monarchisten am Losschlagen zu verhindern, aber es liegt in unserer Macht, sie mit blutigen Köpfen heimzuschicken. Die Fartholomäusnacht, die sie den Republikanern zugebracht haben, wird zu einer Barikolomäusnacht der Monarchisten werden.

Die Tiroler Abfallbewegung.

Wien, 10. Okt. In Tirol ist (nach den Pf. M.) abermals eine starke u. bereits sehr weit ausgebreitete Bewegung im Gange, die den Abfall von Oesterreich und den Anschluß an Deutschland zum Ziele hat. Diese Bewegung hat ihre Hauptstütze in den Heimwehren studentischer Art, unter Führung des Landeshauptmannstellvertreters Seindl und des aus dem Rapp-Putsch her bekannten Pabst, der unter dem Namen „Peters“ austritt und des Majors Rott. Eine starke Stütze hat die Bewegung auch an jenen Teilen der ehemaligen deutschen Marinebrigade Ehrhardt, die noch immer im Raume um Freilassing zusammenfinden.

England und die Washingtoner Konferenz.

Balfour, nicht Lloyd George Englands Sprecher in Washington.

London, 9. Okt. Im Kabinettsrat wurde (nach den Pf. M.) beschlossen, daß Balfour die Führung der englischen Delegation für die Washingtoner Konferenz übernimmt. Admiral Beatty wird als Sachverständiger den Verhandlungen beiwohnen. Die britischen Dominions werden nicht durch ihre Ministerpräsidenten vertreten sein, denn diese weigern sich, persönlich nach Washington zu gehen.

Die Gründe Lloyd Georges.

London, 9. Okt. Zu der Meldung der „Times“, daß offiziell dem britischen Botschafter in Washington mitgeteilt wurde, daß Lloyd George an der Abrüstungskonferenz in Washington nicht teilnehmen werde, verlaute (wie die Pf. M. erfahren) aus Kreisen, die Lloyd George sehr nahe stehen, folgende Einzelheiten:

Wenn auch offiziell gesagt wird, daß eine Abwesenheit Lloyd Georges von London infolge der innerpolitischen Probleme in England nicht möglich sei, so dürfte dies doch nicht die alleinige Ursache des Fernbleibens des englischen Premiers von Washington sein. Es dürfte nicht allgemein bekannt sein, daß Lloyd George, unmittelbar nachdem Präsident Harding seinen Plan der Abrüstungskonferenz bekannt gegeben hatte, von Downing Street aus der amerikanischen Regierung nahegelegt hat, eine Vorkonferenz mit England zu pflegen. Zu dieser Konferenz hatte sich Lloyd George persönlich angeboten. Dieses Angebot wurde zweimal gemacht mit dem Ergebnis, daß der amerikanische Staatssekretär des Außen, Hughes, namens der amerikanischen Regierung eine außerordentlich kühle Antwort erteilte, die eine glatte Absage bedeutete. Lloyd George war viel zu klug, um sich diese amerikanische Abgabe äußerlich anmerken zu lassen. England wird in Washington durch Lord Curzon und fünf weitere Abgesandte vertreten sein.

Ausland.

Eine Hezrede Wilsons gegen Deutschland.

Die „Times“ melden (nach dem Stuttg. N. Tagbl.) aus New York: Der frühere Präsident Wilson hielt in Chicago eine Rede, in der er jedes Abweichen vom Versailler Vertrag als Verrat an den Alliierten bezeichnete. Wilson forderte den Boykott der deutschen Waren, stieß aber auf lebhafteste Opposition der Anwesenden und mußte vorzeitig die Tribüne verlassen.

Vor der Räumung Thrakiens und Kleinasiens keine Friedensverhandlungen mit den Griechen.

Konstantinopel, 8. Okt. Wie amtliche Kreise der Türkei bestätigten, kann von Friedensunterhandlungen nicht die Rede sein, bevor die vollständige Räumung Kleinasiens und Thrakiens durch die Griechen erfolgt ist.

Rußland gegen die politische Ausbeutung durch die Hilfskonferenz.

London, 10. Okt. Krassin erklärte in einer Unterredung mit einem Vertreter des Oberer, wenn die von der Konferenz zu ernennende Kommission den Hungernden in Rußland wirklich helfen wolle, statt Rußland politisch auszunutzen, dann wolle er alles tun, um ihren Weg zu ebnen. Wenn die Brüsseler Kommission jedoch nur eine Kopie der Koulens-Kommission sei oder wenn etwa Scaverius, der Judentisch auf seinem Marsche nach Petersburg unterstützt habe, zum Leiter der Kommission ernannt werden sollte, so würde Rußland die Kommission als eine Herausforderung ansehen. Die in Rußland im

Frühjahr begonnenen wirtschaftlichen und sozialen Reformen würden durch die nervöse Atmosphäre einer drohenden Intervention aufgehalten.

Sieg der Spanier in Marokko.

Madrid, 9. Okt. Die letzten Nachrichten aus Mekilla bezeugen, daß die Riffabgaben das Gebirge von Gurugu geräumt haben und über den Fluß Kart zurückgegangen sind.

Deutschland.

Die U.S.P. tritt in keine nach rechts erweiterte Regierung ein.

Berlin, 9. Okt. Die „Freiheit“ veröffentlicht ein Schreiben des Vorstandes der sozialdemokratischen Partei Deutschlands an das Zentralkomitee der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands, worin die U.S.P. erneut gefragt wird, ob sie vorbehaltlich der Festsetzung des Regierungsprogramms, in das Kabinett Wirth eintreten werde. Das Zentralkomitee der U.S.P. hat daraufhin ein Antwortschreiben an die SPD, abgefaßt, worin es heißt: Nachdem feststeht, daß von den drei gegenwärtigen Koalitionsparteien zwei eine Erweiterung nach Rechts, nicht nach Links wünschen, hat diese wiederholte Frage keinerlei praktische Bedeutung mehr, d. h. wir haben keine Veranlassung, eine gemeinsame Sitzung der Parteileiter in der Reichstagsfraktion einzuberufen, damit sie zu der völlig gegenstandslosen Frage Stellung nehmen.

Besprechung der deutschen Eisenbahnpräsidenten in München.

München, 8. Okt. Die Korrespondenz Hoffmann meldet amtlich. Unter dem Vorsitz des Reichsverkehrsministers Gröner hat am 7. Oktober eine Besprechung sämtlicher deutscher Eisenbahnpräsidenten stattgefunden, von der auch eine große Anzahl Leiter und Präsidenten früherer Länderbahnen teilgenommen hat. Gegenstand der Besprechung war die wirtschaftliche Lage der Reichseisenbahnen, sowie die Frage, ob etwa durch eine Umgestaltung ihrer Organisationsform, insbesondere durch die Überführung in Privatbetriebe eine durchgreifende und schnelle Verbesserung erzielt werden könne. Die Beratungen trugen lediglich akademischen Charakter. Irigendwelche Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Der deutsche Pazifistenkongress.

Essen, 8. Okt. Der Deutsche Pazifistenkongress wurde heute in Kaupenhöhe von Professor Quide eröffnet, der eine Anzahl Begrüßungsreden, darunter solche des Reichspräsidenten, des Reichsministers des Außen und zahlreicher ausländischer Delegierten verlas. Bei der Wahl der drei Präsidenten des Kongresses, zu denen Professor Quide, Graf Kessler, Dr. Hans Simons vorgeschlagen wurden, gab Dr. Simons als Vertreter der deutschen Liga für Völkerbund folgende Erklärung ab: Der Beschluß der Generalversammlung der Deutschen Friedensgesellschaft, die Reichswehr abzuschaffen, nötigt die Deutsche Liga für Völkerbund ihrer Meinung folgendermaßen Ausdruck zu geben: Wir treten für eine internationale Rechtsordnung im Völkerbundsinn ein. Deren Voraussetzung ist die einzelstaatliche Ordnung. Für den einzelnen Staat ist Selbsterhaltung notwendig und selbstverständlich. Wer dem Staat unter den heutigen Umständen die nötigen Mittel dazu nehmen will, will ihn zugleich der Möglichkeit berauben, seine internationalen Verpflichtungen zu erfüllen, wie sie für die Mitglieder des Völkerbunds in der Völkerbundscharta festgelegt sind. Es handelt sich besonders um die Zwangsvollstreckung gegen Rechts- und Friedensbrecher. Die Friedensgesellschaft hat also mit ihrem Beschluß den Boden verlassen, auf dem allein unsere Arbeit Sinn und Zweck hat. Die Deutsche Liga für Völkerbund muß daher diesen Beschluß aufs schärfste verurteilen und wird ihn aufs entschiedenste bekämpfen. Daran kann die abschwächende Interpretation der Entschließung als widersprüchlicher Vorgang nichts ändern. Angesichts der Rolle, die die Friedensgesellschaft bei der Vorbereitung und Durchführung des gegenwärtigen Pazifistenkongresses spielt, bei der zeitlichen Aufeinanderfolge und im wesentlichen gleichen Teilnehmerzahl beider Tagungen ist die Deutsche Liga für Völkerbund deshalb nicht in der Lage, Vertreter in das Präsidium des Kongresses zu entsenden. — Die Abgabe der Erklärung rief eine starke Wirkung hervor.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 11. Oktober 1921.

Besuch des bayerischen Ministerpräsidenten bei der württ. Regierung.

(S. B.) Stuttgart, 9. Okt. Von amtlicher Seite wird mitgeteilt: Der bayerische Ministerpräsident Graf v. Lerchenfeld traf am Freitag in Begleitung des Oberregierungsrats Schellhorn vom bayerischen Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten zum Besuch der württ. Regierung in Stuttgart ein. Graf Lerchenfeld wurde am Bahnhof vom württ. Staatspräsidenten Dr. Hieber empfangen. Abends fand beim Staatspräsidenten ein Essen statt, an dem sämtliche württ. Minister teilnahmen. Im Verlaufe des Vormittags wurden eine Reihe schwebender, politischer und wirtschaftlicher Fragen besprochen. Am Samstagabend ist der bayerische Ministerpräsident nach der Pfalz weitergereist.

Sozialdemokratische Landesversammlung.

(S. B.) Stuttgart, 9. Okt. Auf der gestern hier abgehaltenen sozialdemokratischen Landesversammlung für Württemberg und Hohenzollern erstattete der Abg. Steinmayer den Bericht des Landesvorstands, Heymann den Bericht über die politische Lage im Lande. Dieser polemisierte gegen den Minister des Innern, Graf, und suchte nachzuweisen, welchen Verlust an Einfluß die Sozialdemokratie erleide, wenn sie die Fäden der Regierung nicht wieder in die Hand bekomme. Ueber die Reform der Gemeindeordnung berichtete Gemeindevater Fischer-Stuttgart, der auch eine entsprechende Neugestaltung der Bezirksordnung forderte, desgleichen die Beilegung der besetzten Gemeinderäte, Verwaltung der Ortspolizei durch den Gemeindevater, Beilegung des Bestätigungsrechts und Beschränkung des Auf-

stärkungs des Verwaltungsbereichs in der Lösung wurde

Mitteilungen.

Die Luftbrücke

(S. B.)

füßt die ...

(S. B.)

am Samstag

(S. B.)

die ...

(S. B.)

die ...

(S. B.)

die ...

(S. B.)

die ...

(S. B.)

die ...

(S. B.)

die ...

(S. B.)

die ...

nd sozialen Reformen
einer drohenden Inter-
Marokko.
uten aus Mexiko beja-
Gurugu gekümt haben
sind.

rechts erweiterte
ffentlich ein Schreiben
Partei Deutschlands an
zialdemokratischen Par-
ut gefragt wird, ob sie
ngsprogramms, in das
entralkomitee der USA,
die SPD, abgehandelt,
den drei gegenwärtigen
nterung nach Rechts,
ederholte Frage keine
haben keine Verantwor-
teiler in der Reichs-
der völlig gegensätzlichen

enbahnpräsidenten
Hoffmann meldet am
rechsministers Gröner
Nächster deutscher Eisen-
bahn eine große Anzahl
eisenbahnen teilgenom-
men war die wirtschaftliche
Frage, ob etwa durch
insbesondere durch ihre
schneidende und schnelle
ertragungen tragen ledig-
liche Beschlüsse wurden

kongress.
kongress wurde heute in
et, der eine Anzahl So-
zialdemokraten, die
drei Präsidenten des
Hof Ketzler, Dr. Hans
Simons als Vertreter
de Erklärung ab: Der
deutschen Friedensgesell-
schaft die Deutsche Liga für
den Ausdruck zu geben:
sordnung im Völkerver-
einzelstaatliche Ober-
haltung notwendig
unter den heutigen Um-
will, will ihn zugleich
onalen Verpflichtungen
es Völkerverbundes in der
handelt sich besonders
und Friedensvertrag.
em Beschluß den Boden
Sinn und Zweck hat.
daher diesen Beschluß
aufs entschiedenste be-
de Interpretation der
organg nichts ändern.
gesellschaft bei der Vor-
wärtigen Pazifizierung
erfolge und im wesent-
lungen ist die Deutsche
der Lage, Vertreter
enden. — Die Abgabe

Land.
11. Oktober 1921.
terpräsidenten
erung.
er Seite wird mitgeteilt:
chensfeld traf am Freitag
ellhorn vom bayerischen
zum Besuch der wirt-
feld wurde am Bahnhof
mpfangen. Abends fand
en sämtliche wirt. Mi-
tag wurden eine Reihe
Stagen besprochen. Am
präsident nach der Pfalz

versammlung.
tern hier abgehaltenen
für Württemberg und
taper den Bericht des
über die politische
gen den Minister des
ste die Fäden der Re-
ne. Ueber die Reform
erat Fischer-Stuttgart.
der Bezirksordnung
besetzten Gemeindevor-
den Gemeinderat, Be-
beschränkung des Auf-

staatsrechts der Staatsbehörde gegenüber den Gemeinden, Selbst-
verwaltung der Schulangelegenheiten und freie Hand der Ge-
meinden in Kommunalversicherungsfragen. Eine dahingehende Re-
sultation wurde angenommen.

Mittelmäßiges Wetter am Mittwoch u. Donnerstag.
Die Luftdruckverteilung ist unbedeutend. Am Mittwoch und Don-
nerstag ist zeitweilig bedecktes, aber neben vereinzelten Niederschlä-
gen meist trockenes Wetter zu erwarten.

(S. B.) Leonberg, 10. Okt. Zum Verbrechen in Ettingen er-
schien die „Leonberger Ztg.“, daß es sich nicht um Mord, sondern
um fahrlässige Tötung handelt. Der in Haft befindliche Täter hat
am Samstag dem Untersuchungsrichter ein Geständnis abgelegt.
Danach würde es sich um ein Verbrechen gegen das leibende Leben
handeln. Das Mädchen sei an einer Einspritzung gestorben. Die
Verletzungen, die der Reiznam aufwies, scheinen vom Transport
des Leichnams herzurühren. Der Täter, ein 25jähriger Mann aus
Warmbrunn, befindet sich im hiesigen Amtsgerichtsgefängnis.

(S. B.) Stuttgart, 10. Okt. Nachdem am Samstag abend durch
den bisherigen Landesvorstand der Sozialdemokratischen Partei durch
die Landesversammlung gewählt worden war, wurden am Sonntag
weitere Vorträge gehalten. Der ehemalige Reichsminister Hermann
Müller sprach über die politische Lage im Reich, wobei er besonders
die Regierungsbildung behandelte, für die Beiziehung der Unab-
hängigen eintrat, eine Einigung über das Steuerprogramm befür-
wortete und betonte, daß in der Frage des Achtstundentages keine
Konzessionen gemacht werden dürfen. Abg. Keil behandelte die
Steuererhebung im Reich und die Partei, wobei er einen Ueber-
blick über die Finanzlage und die Steuererhebung gab, die Mißstände
beim Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln beleuchtete und die
Heranziehung der Goldwerte in Industrie und Landwirtschaft befür-
wortete, ebenso den Anbauzwang für die Landwirtschaft. Neben
Versicherungs-, Erbschafts-, Vermögens- und Grundsteuer müsse
die erste Bedingung die rasche Erfassung der Sachwerte sein, denn nur
durch Heranziehung des im Ueberfluß lebenden Bestandes nach Maß-
gabe seiner vollen Leistungsfähigkeit sei Lösung, und wieder aus
dem Finanzsektor herauszuarbeiten. Weiter wurde nachmittags die
Frauen- und Jugendbewegung in der Partei nach grundlegenden
Prinzipien besprochen und eine Entschließung angenommen zu Gunsten
der Notlage der Kleinrentner und der armen Arbeiterfamilien. Die
2644 zahlenden Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei waren
durch 211 Delegierte vertreten.

(S. B.) Heilgerloch, 10. Okt. (Obst- und Saatgutaus-
stellung.) Die dem Landwirtschaftlichen Hauptverband ange-
schlossenen Bezirksvereine Haigerloch und Glatz haben am Sonntag
in Haigerloch eine von vielen Hunderten von Interessenten besuchte
Obst- und Saatgut-Ausstellung veranstaltet, bei der nur Produkte der
genannten beiden Bezirke zur Schau gestellt wurden. Die Ausstel-
lung zeugte bei seltenem großem Sorgfalt und Sachkenntnis der Anord-
nung dafür, daß gerade in den beiden genannten Bezirken die Züch-
tung hochwertiger Saatguts und die Reform des Getreidebaus
nach den Forderungen der Neuzeit die besten Ausflüsse zur Steige-
rung der Produktion im Oberamt Haigerloch, getragen von dem
guten Willen, der Kenntnis und Opferfreudigkeit der dortigen Land-
wirtschaft bieten.

Der Sport des Sonntags.

(S. B.) Stuttgart, 10. Okt. In der Vorrede um den deut-
schen Fußballverband ist nach der Sportszeitung des „Neuen Tagbl.“
in Württemberg-Glabach Westdeutschland gegen Süddeutsch-
land mit 0:6 unterlegen. Norddeutschland siegte gegen den Bal-
tischen Region- und Winterportverband mit 4:1, Mitteldeutschland
gegen Südostdeutschland mit 3:0. Ferner spielten Nieders I gegen
S. B. Puffenhausen I mit 3:0, Sp. B. Feuerbach gegen Pffel mit
3:0; in der Abteilung II Sportklub I gegen Union Wödingen I mit
2:2, Cannstatt gegen S. f. L. mit 1:0, Normannia Gmünd gegen
Eintracht Stuttgart 0:2 und S. f. N. 96 Heilbronn I gegen Stutt-
garter S. u. Sp. B. I mit 0:0. Schließlich Ulm 1894 I gegen T. B.
Ulm I mit 3:1.

Arbeitskräfte für die Landwirtschaft.

Unter diesem Titel wird uns von sachverständiger Seite ge-
schrieben:
Auch gegenwärtig in der günstigsten Zeit des Jahres beziehen
in den württembergischen Städten und Industrieorten tausende
von arbeitsfähigen und arbeitswilligen Männern und Frauen
Erwerbslosenunterstützung. Sie verursachen also der Allgemeinheit
gewaltige Kosten, deren Aufbringung für Reich, Staat und
Gemeinden immer schwerer wird; sie können dabei doch nur küm-
merlich ihr Leben fristen und leiden zum großen Teil seelisch
noch schwerer als körperlich unter diesem Zustand. Auf der an-
deren Seite herrscht schon nach den Berichten der Arbeitsämter
in der Landwirtschaft fast im ganzen Land ein teils mehr teils
weniger empfindlicher Mangel an brauchbaren Arbeitskräften.
In Wirklichkeit ist dieser Mangel ohne Zweifel viel größer als
er nach den Berichten der Arbeitsämter erscheint, da bekanntlich
sehr viele Landwirte trotz aller Verordnungen und Ermahnun-
gen ihren Bedarf an Arbeitskräften bei den Arbeitsämtern eben
nicht anmelden. Gemäß haben darunter zunächst die Landwirte
selbst zu leiden. Aber die Landwirte werden den eigenen Be-
darf an Lebensmitteln stets decken können; auch sind sie unter
den gegenwärtigen Verhältnissen zum großen Teil durch unmittel-
bare eigene Interessen nicht gezwungen, ihren Boden bis auf
das äußerste auszunutzen. Deshalb sind durch die Folgen des
Arbeitermangels in der Landwirtschaft weit mehr als die Land-
wirte die Kreise betroffen, die auf den Kauf landwirtschaftlicher
Erzeugnisse angewiesen sind, das sind 65—70 Prozent der Be-
völkerung. Denn auf die Erzeugnisse der heimischen Landwirt-
schaft sind wir heutzutage mehr als je angewiesen. Die Ein-
fuhr ausländischer Erzeugnisse müssen wir bei der Entwertung
unseres Geldes und der Erschwerung unserer Ausfuhr durch die
Maßnahmen unserer Feinde mit Summen bezahlen, die wir auf
die Dauer unmöglich aufbringen können. Wir müssen deshalb,

Geld-, Volks- und Landwirtschaft.

Der Kurs der Reichsmark.
Frankfurt, 10. Okt. An der Newyorker Nachbörse galt die
Reichsmark am Samstag 0,81 1/2 Cents, das entspricht einem
Dollarkurs in Deutschland von M. 122,70. (Zeff. Ztg.)

Wirtschaftliche Wochenschau.
(S. B.) Geldmarkt. In letzter Woche gab es keinen weiteren
Balsatanz. Die Notierungen haben sich zwar beim Monats-
beginn gegen die Vorwoche noch etwas ermäßigt, sind aber seit-
her nicht weiter gesunken und zeigen eher die Tendenz zu einer
geringen Erholung. Entschieden niedrig ist die Bewertung der
deutschen Mark im Auslande immer noch. Die Gründe dafür
sind bekannt. Die leichte Besserung, die vielleicht von der näch-
sten Zukunft erwartet werden darf, ist hauptsächlich darauf zu-
rückzuführen, daß nunmehr auch im Auslande selbst ernste Sor-
gen über eine Weltkatastrophe auf finanziellen Gebiete ent-
standen sind und daß namentlich von England aus Mittel und
Wege gesucht werden, das Schlimmste zu verhindern. Am 7. Okt.
notierten 100 deutsche Mark in Zürich 4,65 (am 3. Okt. 4,95)
Franken; in Amsterdam 2,54 (2,70) Gulden; in Kopenhagen 4,55
(5), in Stockholm 3,65 (3,90) Kronen; in Wien 25,22 (21,77) Kr.;
in London 4,61 (4,36) Schilling; in Newyork 0,82 (0,85) Dollar
und in Paris 11,25 (13) Franken.

Börse. In dieser Woche gab es Reinigungstage. Der Ba-
lansatz kam zum Stillstand und der Glaube an eine fortge-
setzt Devijenhause wurde erschüttert. Auch die mehrtägige Un-
erbrechung des Börsengeschäftes in Berlin gebot dem Hausste-
tammel ein langames Tempo. Den meisten Eindruck machten
die Nachrichten über amerikanische Kreditangebote an deutsche
Industrielle. Aber trotz der umfangreichen Realisierungsver-
zögerung blieb die Tendenz immer noch fest. Die Kurse halten
sich andauernd auf schwindelnder Höhe. Die 4prozentigen Wirt-
schaftsobligationen waren zuletzt in Stuttgart zum Kurs von
65 gesunken.

Produktionsmarkt. Das Geschäft ist auch in letzter Woche ver-
hältnismäßig ruhig gewesen. Das Angebot hat nachgelassen,
weil die Feldarbeiten die Erzeuger voll in Anspruch nehmen.
Andererseits ist auch die Nachfrage in vernünftigen Grenzen
geblieben. Am 7. Oktober notierten in Berlin Märkischer Weizen
233—234 für den Zentner, auf den die Notierungen nunmehr
mehr lauten (plus 1), Roggen 184—186 (minus 1), Gerste 215
bis 230 (unverändert), Hafer 192—195 (minus 5) Markt, Mais
173—177 (minus 1). An der letzten Stuttgarter Landespro-
duktionsbörse waren die Preise für Weizen und Stroh mit 160—200
bzw. 50—70 M unverändert wie vor 3 und vor 14 Tagen.

Warenmarkt. Die Teuerungswelle schwillt weiter an. Aus-
nahmslos, soweit überhaupt Änderungen zu verzeichnen sind,
sind die Preise der wichtigsten Warenarten gesunken. Die
Schienennappheit nimmt zu und wird durch die anhaltende Tro-
ckenperiode sowie die Verminderung der Wasserkräfte noch ge-
steuert. Die Häuteauktionen zeigten abermals steigende Preise.

Viehmarkt. Zunahme sind auch die Stuttgarter Fleischpreise
abermals erhöht worden, was auf die Festigkeit der Schlach-
tchpreise ein Schlaglicht wirft. Das günstige Wetter verlan-
gert die Weidzeit und gibt den Viehhältern Veranlassung, ihr
Material zurückzuhalten. Zuchtvieh ist sehr teuer; die letzten
Märkte brachten wieder höhere Preise. Milchschweine kosten
durchschnittlich 300—350 Mark. Holzmärkte. Lage unverändert.

Landesproduktionsbörse.
(S. B.) Stuttgart, 10. Okt. Auf dem Getreidemarkt sind
keine wesentlichen Veränderungen zu verzeichnen. Die Stim-
mung blieb auch in abgelaufener Woche sehr schwachem
Angebot. Es notierten je 100 Kilogramm ab württ. Stationen:
Wirtt. Weizen, je nach Lieferzeit, 475—490 M, Roggen 380
bis 400 M, Sommergerste je nach Qualität, 490—540 M, Hafer
360—380 M, Weizenmehl Nr. 0 Sept.-Okt.-Lieferung (65 Proz.
Ausmahlung) 730—750 M, Brotmehl 480—500 M, Kleie 240
bis 250 M, Heu 160—200 M, drahtgepreßtes Stroh 50—70 M.

Die Einnahmen der Reichseisenbahnen im August.

Die Einnahmen der Reichseisenbahnen betragen im August
im Personen- und Gepäckerverkehr 680 805 000 M, im Güterver-
kehr 1 651 926 000 M, aus sonstigen Quellen 82 899 000 M. Die
entsprechenden Zahlen für die Monate April bis August sind
2 618 568 000 M, 7 495 810 000 M und 324 618 000 M.

Märkte.
Pferde und Vieh.
(S. B.) Herrenberg, 8. Okt. (Schweinemarkt.) Zufuhr
166 Stück Milchschweine und 30 Läuferchweine. Paarpreis:
Milchschweine 400—600 M, Läuferchweine 1000—1400 M. Ver-
kauf flau. Von den Milchschweinen wurde nur die Hälfte bei
findenden Preisen abgesetzt.

Obst und Mostobst.
(S. B.) Stuttgart, 8. Okt. (Mostobst auf dem Nord-
bahnhof.) Neu zugeführt 21 Wagen, worunter 10 aus Würt-
temberg, 11 aus Frankreich. Preis wagenweise für 50 Kg. von
Obst aus Württemberg 105—115 M, aus Frankreich 95—100 M,
im Kleinverkauf 105—115 M.

(S. B.) Stuttgart, 10. Okt. (Mostobstmarkt.) Dem
Mostobstmarkt auf dem Nordbahnhof waren 22 Wagen neu zugeführt,
worunter 11 aus Württemberg, 1 aus Hessen, 1 aus Belgien und 9
aus Frankreich. Preis wagenweise für 1 Ztr. Obst aus Frankreich
102—103 M, aus Württemberg 105—106 M, im Kleinverkauf 110
bis 114 M.

Vom Obst- und Gemüsemarkt.
(S. B.) Stuttgart, 8. Okt. Der Verkehr auf dem Obstgroß-
markt ist zurzeit äußerst lebhaft. Die Zufuhr in Aepfeln ist
reichlich, aber nur wenige Körbe sind wirklich haltbares Tafel-
obst. Die Behandlung des sogenannten Tafelobstes läßt alles
zu wünschen übrig. Bessere Sorten werden draußen vielfach
zurückgehalten; geringe Ware blieb teilweise unverkauft. In
Birnen beherrscht die Dornbirne den Markt; sie wird mit 140
Mark der Zentner en gros gehandelt. Feine, gutbehandelte
Tafelbirnen, im Tragkorb beigebracht, waren schnell vergrif-
fen. Quitten kommen jetzt in größeren Posten; sie finden glat-
teren Absatz. Sehr starke Zufuhr hat in Tapoltrauben einge-
setzt, nachdem in den Vormarkttagen die Anlieferung recht knapp
geworden war. Die Preise hiefür gingen wieder auf 3,50 M
per Pfund zurück. — Der Mostobstmarkt wird zusehends lebhafter.
Auf dem Nordbahnhof treffen größere Posten ein. Französ-
sches Mostobst wird zu 110 im großen, zu 115 M im Klein-
verkauf auf dem Wilhelmplatz abgegeben; die Ware kommt
jetzt besser an. Stiefiges Mostobst steigt fortwährend im Preise.
Der anfängliche Kleinverkaufspreis von 120 M wurde verschie-
denlich zu überschreiten versucht, was der Nahrungsmittelpoli-
zei Veranlassung zum Einschreiten gab. Die Käufer treten aus
ihrer bisherigen Zurückhaltung heraus, die Nachfrage wird leb-
hafter. — Der Gemüsemarkt war gut besetzt. Besonders reich-
lich kommen Blumenkohl und Endivie. Die Marktlage ist be-
friedigend.

(S. B.) Mundelsheim, 8. Okt. Unter außerordentlich zahl-
reicher Beteiligung erfolgte die Versteigerung des diesjährigen
Erzeugnisses der Weingärtnergesellschaft. Aus dem ganzen
Land waren Viehhäber eines edlen Tropfens „Käsberger“ her-
beigekommen. Der Beteiligung entsprechend gestalteten sich
auch die Preise außerordentlich hoch. Es wurden erlöst für
Trollinger vom Käsberg 2060—2570 M pro Hektoliter, für Trol-
lunger aus sonstigen Berglagen 2000—2110 M pro Hektoliter
und für Rot gemischt 1290—1370 M pro Hektoliter.

Die örtlichen Kleinhandelspreise dürfen selbstverständlich
nicht an den Börsen- und Großhandelspreisen gemessen werden,
da für jene noch die sog. wirtschaftl. Verkehrskosten in Zuschlag
kommen. Die Schriftlgt.
Für die Schriftleitung verantwortlich J. B. W. Rudolph, Calw.
Druck und Verlag der A. Dellschläger'schen Buchdruckerei Calw.

Das Wenige, was von ihnen verlangt werden muß, leisten, kann
auch mit kleinen Mitteln sehr viel erreicht werden.
In erster Linie müssen die landwirtschaftlichen Arbeitgeber
und ihre Organisationen alles tun, was ihnen unter den heuti-
gen für sie doch im Ganzen verhältnismäßig günstigen Umstän-
den möglich ist, um die Arbeitsverhältnisse für die Arbeiter und
Dienstboten so zu gestalten, daß sie die gleiche oder womöglich
eine stärkere Anziehungskraft ausüben, als die in der Industrie.
Es ist anzustreben, daß den in der Landwirtschaft tätigen Kräf-
ten eine Lebenshaltung ermöglicht wird, die alles in allem
nicht hinter der wenigstens der ungelerten gewerblichen Ar-
beiter zurücksteht. Vor allem handelt es sich dabei darum, daß
den in der Landwirtschaft tätigen Personen die Gründung einer
Familie nicht schwerer gemacht wird als den Industriearbeitern
und daß ihnen die Möglichkeit geschaffen wird, sich später ein-
mal selbständig zu machen und eigenen Grundbesitz oder wenig-
stens Pachtland zu erwerben. Wo es irgend möglich ist, sollten
den Landarbeitern auch schriftliche Wünsche wie der Gewährung
von Naturalien auf schriftlichen Abschluß des Dienstvertrags
und dergl. erfüllt werden.
Von erheblichem Wert wäre es auch, wenn die landwirt-
schaftlichen Arbeitgeber in größerem Umfang als bisher der
ihnen durch Paragr. 1 der Verordnung vom 16. 3. 1919 aufer-
legten Verpflichtung nachkämen, alle offenen Stellen für Tag-
elöhner, Knechte, Mägde usw. dem Arbeitsamt ihres Bezirks
rechtzeitig und mit möglichst genauer Angabe der gestellten An-
forderungen und der Arbeitsbedingungen (Lohn usw.) zu mel-
den. Das ist eine kleine Mühe, und schon im eigenen Inter-
esse sollten sich die Landwirte ihr unterziehen. Denn die genaue
Kenntnis des Bedarfs von Arbeitskräften ist die unentbehrliche
Voraussetzung für die wirksame Bekämpfung der Arbeiternot.
Betont wird dabei, daß die Landwirte selbstverständlich mit
dieser Anzeige durchaus nicht etwa die Verpflichtung auf sich
nehmen, die ihnen vom Arbeitsamt angebotenen Arbeitskräfte
einzustellen. (Schluß folgt.)

wenn es nicht gelingt, der Landwirtschaft die erforderlichen Ar-
beitskräfte zu verschaffen, bzw. zu erhalten, uns immer mehr
den Zuständen annähern, wie sie heute schon in großen Teilen
Rußlands herrschen; dort bauen die Landwirte gerade so viel
an, als sie selbst zum Leben brauchen, das übrige Land ver-
dort und die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung verhungert.
Die Stärkung der landwirtschaftlichen Erzeugung, die Verme-
her der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte und vor allem die
Ueberführung einer möglichst großen Anzahl von Industriear-
beitern in die Landwirtschaft ist daher eine der wichtigsten und
dringendsten Aufgaben, die wir in den nächsten Jahren lösen
müssen. Es ist zugleich aber auch eine überaus schwierige Auf-
gabe. Man könnte versucht sein, sich die Lösung sehr einfach
vorzustellen: man hätte nur die arbeitslosen Industriearbeiter
— nötigenfalls durch Zwangsmaßnahmen — in die Landwirt-
schaft überzuführen und würde dadurch zwei Uebel auf einen
Schlag beseitigen: Die Arbeitslosigkeit in den Industriebezirken
und die Arbeiternot in der Landwirtschaft. So einfach liegt die
Sache aber nicht. Denn die Industriearbeiter, die durch ihren
Uebertritt in die Landwirtschaft die landwirtschaftliche Erzeu-
gung stärken würden, werden in der Industrie eben nicht arbeits-
los, weil sie in der Regel die leistungsfähigsten Arbeitskräfte
sind, wogegen die Leute, die gegenwärtig Arbeitslosenunterstüt-
zung empfangen, für landwirtschaftliche Arbeiten regelmäßig
unbrauchbar sind.
Eine gründliche und auf die Dauer wirksame Lösung der Auf-
gabe wird nur möglich sein durch großzügige gesetzgeberische und
wirtschaftspolitische Maßnahmen. Deren Durchführung aber er-
fordert Jahre und wir brauchen sofortige Abhilfe. Diese können
die Behörden allein nicht schaffen. Sie ist nur möglich,
wenn alle in Betracht kommenden Volksteile den Ernst der
Lage erkennen und unter Zuredelstellung aller egoistischen und be-
sonderen Ständesinteressen in ihrem Teil an der Lösung der
schweren Aufgabe mitwirken. Dabei werden niemand über-
mäßige Anstrengungen oder Opfer zugemutet, aber wenn alle

Calw.
Lehrgeldbeiträge aus Stiftungen.
 Aus der in der Verwaltung der Stiftungsplege stehenden Doertenbach- und Schauberschen Stiftung sind Mittel zur Gewährung von Lehrgeldbeiträgen an gut beleumundete Söhne und Töchter in Calw wohnhafter, wenig bemittelter Eltern zur Verfügung.
 Bewerbungen um Beiträge für die diesjährige Verteilung wollen bis zum 16. Oktober 1921 hieher eingereicht werden.
 Den Meldungen sind Lehrverträge und Führungszeugnisse beizuschließen.
 Calw, den 10. Oktober 1921.
 Stadtpflege: Frey.

Magold.
Der Krämer-, Pferde-, Vieh- u. Schweine-Markt (Kirchweihmarkt)
 am kommenden Donnerstag, 13. ds. Mts. findet statt wozu eingeladen wird. Gleichzeitig ist auch

Frucht-, Obst- und Wochenmarkt
 Den 10. Oktober 1921.
 Stadtschultheißenamt: Maier.

Kunstoffärberei Stuttgart
 färbt und reinigt alles schön und gut.
 Annahmestelle: W. Entenmann, Leberstr. 91

Für eine Lederfabrik suche ich größeren Posten Sichtenrinden zu kaufen und erbitte Angebote ab Wohnstation
Paul Räuchle, Calw.

Pfannkuch & Co.
 Zur Kirchweih empfehlen feinstes **O-Mehl** 65-prozentige südd. Ausmahlung Pfd. 3.90 Str. 385.—
Schweine-Schmalz
Margarine Pfd. 13.- u. 16.—
Eftol Tafel 16.—
Rosinen
Korinthen
Sultaninen
Pfannkuch & Co.
 G. m. b. H.

Lüchtigen Mädchen
 das schon gedient hat auf 1. oder 15. November gesucht.
 Von wem sagt die Geschäftsstelle ds. Bl. und das Arbeitsamt.
Zwei kräftige Sohlen
 hat zu verkaufen. Franz Barth, Sägewerk, Calmbach.
Sonnenhardt.
 Am Freitag mittag 1 Uhr verkaufe ich 2 Wurf an's Fressen gewöhnte **Milch-Schweine.**
 Erster Wurf 5, zweiter Wurf 4 Wochen alt. Luz, Schuhmacher.
 Entbehrlichkeithalber sehe 2 fehlerfreie, gutgewöhnte **Kalbinnen**
 eine neumelkig, die andere zum zweitenmal halbrüchtig, dem Verkauf aus.
 Rob. Schanz, Calmbach beim Bahnhof, D.-A. Neuenbürg.

Jüngere Heimarbeiterinnen
 nur von Calw, möglichst im Besitz von Nähmaschinen, finden sofort lohnende Beschäftigung bei **Christ. Ludw. Wagner, Westfabrik.**

Lüchtige, selbständige Kastenmacher Wagner und Schreiner
 für Karosseriebau, sucht zum sofortigen Eintritt. **Daimler-Motoren-Gesellschaft Werk Sindelfingen.**

Rammschneider gesucht.
 Lücht. lediger Rammschneider für mittlere Fabrik als Leiter der Rammschneiderei per sofort gesucht.
 Angebote sind zu richten unter B. B. 287 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.



Private
 Drucksachen aller Art, wie: Verlobungs- und Vermählungsanzeigen, Geburtsanzeigen, Tisch-Karten, Speisefolgen, Einladungen, Besuchskarten, Danklagungen liefern wir rasch
A. Dellschlager'sche Buchdruckerei Calw

Vieh-Verkauf
 Von nächsten Freitag, den 14. ds. Mts., von vormittags 7 Uhr ab, steht in unseren Stallungen im Gasthaus zum „Löwen“ in Calw ein großer Transport Vieh, worunter junge, erstklassige Milchkühe, trüchtige Kühe (Schaffkühe), sowie eine große Auswahl erstklass. hochträcht. Kalbinnen zum Verkauf, wozu Liebhaber zu Kauf und Tausch einladen
Rubin, Salomon und Max Löwengart.

300 Mark Belohnung!

Verlaufen hat sich mein rehbrauner, weiblicher **Dachshund**



auf den Namen Liesel hörend zwischen Station Monbadtal u. Liebenzell Waldweg. Der Bringer erhält 300 Mark Belohnung und Ersatz der Auslagen. Bitte um telefonischen Anruf **E. Kotsch, Pforzheim, Durlacherstraße 67. Fernsprecher 229.**

Warnung!
 Sollten uns nochmal von irgend einer Seite verleumderische und unwahre Aussagen sowie Beleidigungen zu Ohren kommen, so werden wir unverzüglich gerichtlich vorgehen.
Bad Liebenzell, den 10. Oktober 1921. Ernst Kern, Hilfswärter und Frau.

Ein tüchtiger Steinhauer kann sofort eintreten. Schulhausneubau Liebenzell.

Wand-Kalender für 1922 mit Märkte-Verzeichnis sind auf der Geschäftsstelle dieses Blattes das Stück zu 60 Pfennig erhältlich.

Zum Regelaufgehen wird die Woche hindurch abends ein Junge gesucht. Weiß (Brauerei Dreiß).

Hilfs-Arbeiterinnen gesucht. Florentwerke Hirsau.

Mädchen gesucht zu sofortigen Eintritt für Küche u. Hausarbeit, kräftig, nicht zu jung. Lohn Mark 150.— im Monat.

Angeb. möglichst mit Bild und Zeugnissen erbeten an Conditorei und Pension **Bleßing** Kurort Schönbürg, b. Wildbad, Telefon Nr. 31.

Die bei mir und Käfer Schad in Calw **bestellt. Pfälzer Mostbirnen** können Dienstag und Mittwoch auf dem Bahnhof Calw abgeholt werden.

Adam Wohlgenuth, Altbürg.

Wanzen! Fische! Ungezieler! tötet radikal „Discret“. Zu haben bei: Kuthsteiner u. Kistowsky, Ritter-Drogerie.

Privat-Sanzstunde R. Seher u. Fran Instituts-Lehrer, Stuttgart.
 Beginn am Donnerstag, 13. Oktbr., abds. 8 Uhr im „Bad. Hof“. Weitere Anmeldungen werden noch von Damen und Herren entgegengenommen.

Felle
 von Maulwurf, Kanin, Feldhasen, Reh, Gaiße, Fuchs, Marder, sowie alle anderen Felle kauft zu den höchsten Preisen an. **Aufkäufer in den Landorten gesucht** Vorsprechen nur persönlich.
Erich Maischhofer, Pforzheim Mod. Tierausstopferlei, Lindenstr. 52, Fernspr. 1501

Lüchtige Hilfsarbeiterinnen werden sofort angenommen **Ernst Wolf, Süddeutsche Unterreichendbach, Metallindustrie.**

4. Sammlung für Oberschlesien.
 Es gingen folgende Spenden ein:
 Stadtpflege Calw: Bez.-Geometer Sigmund 10.— Mk.
 Oberamtsparkasse Calw: 2. Sammlung des Schultheißenamts Stammheim 944, N. N. Breitenberg 5, Pfarramt-Dekenpfarrn 5, Hamann-Oberkollwangen 20, 2. Sammlung des Schultheißenamts Altbilad 23.— Mk., insgesamt 997.— Mk.
 Creditbank für Landwirtschaft und Gewerbe: Frau R. 50, Fr. R. 50, Frau Herrgott 5, Frey-Erismühl 10.— Mk. insgesamt 115.— Mk.
 Württ. Sparkasse, Agentur Calw: Bohnemeister Reinfelder 10.— Mk.
 Geschäftsstelle des Calwer Tagblattes: N. N. 10, Julie M. Hirsau 5, Sammlung in der Kirchengemeinde Leinhard durch das dortige Pfarramt 488, 2. Sammlung des Schultheißenamts Alsenberg 313, F. 10, 2. Sammlung in der Gemeinde Gehingen 212, Sammlung des Schultheißenamts Schmiech 350, N. N. 5, A. R. 20.— Mk., insgesamt 1413.— Mk.
 NB. Wo kein Ortsname beigelegt, sind die Spender von Calw.
 Weitere Spenden nehmen entgegen **Oberamtsparkasse Calw und Geschäftsstelle d. Calwer Tagblattes.**

Zur Kirchweih empfehlen frisch gebrannten **Kaffee Kaffee Tee** Kond. gezuckerte **Milch** Helvetia-Marmeladen offen und in Gläsern gar. reinen **Bienenhonig** **Kunsthonig** **Pfannkuch & Co.** G. m. b. H.

Frisch geschossene Hasen. G. Kolb.

Kasch berichtet das „Calwer Tagblatt“ über alle wissenswerten Vorkommnisse!



Henko Henkel's Wasch- Bleich-Soda unentbehrlich für Wäsche und Hausarbeit. Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Postkarten Adresskarten erhalten Sie rasch in der **A. Oelschläger'schen Buchdruckerei Calw.**

Nr. 238.
 Die oberste...
 Die feilherigen...
 mungsergebnis in...
 Vertrag selbst die...
 Rat in Paris und...
 für Deutschland n...
 ein Brakiller, ei...
 Berichterstatter...
 für die Entf...
 Oberflächlichkeit...
 scheinen sich bis g...
 nichteuropäisches...
 tigte Frage Euro...
 Das Gutachten b...
 begutachten und...
 Es bleibt ihm all...
 falls die Entsche...
 Oberste Rat wüßte...
 wärfen und Wor...
 taum. Briands j...
 allerdings noch ni...
 lästigen Zwang...
 Aufhebung der S...
 schungskosten, de...
 Frage gegen Deut...
 fessungen einen...
 oberösterreichische...
 Rabinets Bierth...
 man schon gehör...
 wird die Sachlag...
 Presse schreibt be...
 Reichsanzlers un...
 bes Gedanken...
 sogar wahrscheint...
 net u. bezeichnen...
 ihm die erste wir...
 nimmt man ihm...
 politik weiter zu...
 über in Deutsch...
 helfen und mit ei...
 helfen würde. D...
 links oder rechts...
 Ob die Sonderber...
 mer etwas erreich...
 die Entscheidung...
 überhand, politik...
 schlegt Lloyd...
 gegen Deutschland...
 bings bis Lügen...
 Mitteln noch ein...
 etwas hilft und...
 wieder eine...
 fcheidung zugunst...
 geglaubt, oder do...
 dem Recht bleibt...
 den darüber, ob d...
 oder zu gestören...
 Wiederaufbau nic...